

«Soll-Ertragssteuer würde Problem lösen»

Interview Reiner

Eichenberger hofft auf Entlastungen für alle Aktionäre und empfiehlt Deutschland, die Grenzsteuersätze zu senken

Reiner Eichenberger hofft auf eine weitere Unternehmenssteuerreform, setzt im EU-Streit auf eine stärkere Besteuerung der Geschäftstätigkeit im Ausland und glaubt, dass die neue Steuerkontroverse voll auf Deutschland zurückschlagen wird.

MATHIAS KÜNG

Die Unternehmenssteuerreform II ist hauchdünn angenommen worden. Was schliessen Sie daraus? Reiner Eichenberger: Etwas ganz anderes als die SP. Dass die Vorlage angenommen worden ist, zeigt mir, welches enorme Bedürfnis nach Steuersenkungen besteht, indem das Volk sogar eine vom Parlament so katastrophal gestaltete Vorlage angenommen hat, von der nur eine kleine Minderheit profitiert. Dass sogar eine solche Vorlage über 50 Prozent der Stimmen erhält, zeigt, wie wichtig dem Volk die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung ist. Dieses Problem ist mit der Unternehmenssteuerreform II nicht gelöst.

Warum nicht?

Eichenberger: Sie dient nur einem ganz kleinen Teil der Aktionäre und bringt deshalb keine Entlastung der Aktionäre überhaupt. Sie hat zudem grosse Nachteile, indem sie Kapital in den kleinen und mittelgrossen Unternehmen einschliesst. Für Investoren wird es jetzt erst recht interessant, das Geld möglichst in einer Firma zu konzentrieren, um von der Steuererleichterung ab 10 Prozent Anteil an einer Firma zu profitieren – statt das Geld möglichst breit zu streuen und dort zu investieren, wo es am meisten bringt. Aus Sicht der gesamten Unternehmenssteuererleichterung ändert diese Vorlage praktisch nichts.

Was wäre zu tun?

Eichenberger: Die einfachste Möglichkeit wäre – dies ist ohne grosse Änderungen möglich – eine Erweiterung der Teilbesteuerung auf die Dividenden aller Aktionäre.

Was der Bundesrat ursprünglich wollte.

Eichenberger: Genau. Sein Vorschlag zeigt, dass er das Herz auf dem rechten Fleck hat. Er lebt seine Gesamtverantwortung. Das gilt vor allem für Finanzminister Hans-Rudolf Merz, der ernsthaft für gesunde Staatsfinanzen und Steuersenkungen kämpft. Und was macht das Parlament? Es produziert eine schlechte Steuervorlage nach der anderen. Der Bundesrat hat genau das Richtige vorgeschlagen: Abbau der Dreifachbesteuerung der Aktionäre.

Jetzt tobte wochenlang der Streit um die Milderung der Doppelbesteuerung. Wie kommen Sie auf eine Dreifachbesteuerung?

Eichenberger: Das Grundproblem ist, dass ausgeschüttete Gewinne und Fremdkapitalverzinsung einer Firma ungleich besteuert werden. Ausschüttete Gewinne werden – genau genommen – dreifach besteuert, nämlich zusätzlich noch durch die Vermögenssteuer. Einbehaltene Gewinne hingegen werden nur zweifach besteuert, ebenso wie die Kapitalzinsen. Das führt zu enormen Verzerrungen und dazu, dass die Firmen zu viel Fremdkapital aufnehmen und dass sie zu wenig ausschütten. Das bewerteilt alte gegenüber jungen Firmen und es führt dazu, dass die Manager nicht mehr richtig kontrolliert werden. All das führt letztlich zu enormen volkswirtschaftlichen Kosten.

Nachmals zur Abstimmung mit einem überaus knappen Resultat.

Hätte da die von Ihnen verlangte Entlastung aller Aktionäre überhaupt eine Chance?

Eichenberger: Wenn man wie die SP sagen würde, die Knappheit zeige das Misstrauen der Menschen gegenüber einer Entlastung, dann gewiss nicht. Aber ich sehe es ganz anders. Das Ja bestätigt, dass bei den Menschen bezüglich Doppelbelastung ein grosses Problembewusstsein besteht.

Ihr Vorschlag?

Eichenberger: Ein Vorschlag ist, die Unternehmenssteuer auf null herabzusetzen. Das ist natürlich keine Lösung. Die Asymmetrie zwischen ausgeschütteten und einbehaltenen Gewinnen bleibt so unverändert. Eine genial einfache Lösung ist hingegen eine Soll-Ertragssteuer auf dem Kapital, ähnlich wie bei Easy Swiss Tax. Die besagt: Wir besteuern nicht mehr die tatsächlichen Einkommensströme. Wir wissen ja, dass die Erträge über viele Jahre hinweg durchschnittlich 1,5 bis 2 Prozent betragen. Das wird dann besteuert. Dann kommt es nicht mehr darauf an, wie die Bürgerinnen und Bürger ihr Geld anlegen. Sie müssen auch keine Steueroptimierung mehr betreiben.

Easy Swiss Tax stösst bisher ausserhalb der FDP auf kontroverse Resonanz.

Eichenberger: Die richtige Lösung aus meiner Sicht ist die Soll-Ertragsbesteuerung wie bei der Easy Swiss Tax. Ich bin liberal, kritisiere die FDP aber ständig, weil sie nicht nach ihren Prinzipien handelt. Doch jetzt hat sie eine wirklich gute Idee lanciert, die nicht interessenorientiert ist. Sie hat enorme Vorteile für Privatpersonen. Und sie würde die Unternehmensbesteuerungproblematik praktisch auf einen Schlag lösen.

Der FDP wird vorgehalten, damit würden die Reichen entlastet, weil diese Steuer weniger Progressionsstufen kennt.

Eichenberger: Das sehe ich gar

Ziel einer Steuerreform muss sein, die Grenzsteuersätze zu senken

nicht so. Es geht jetzt ja auch noch nicht um die konkreten Steuersätze, sondern um das ganze Konzept, das noch mehr als die Soll-Ertragssteuer beinhaltet. Grundsätzlich ist das Konzept völlig offen. Es kennt nicht nur einen Einkommenssteuersatz, sondern im Prinzip drei Steuersätze, womit eine enorme Progression möglich wird. Auch mit den noch genau festzulegenden frei wählbaren Freibeträgen kann man ein sehr progressives Steuersystem aufbauen – sogar ein progressiveres als heute. Da geht es wirklich nicht um einen Umverteilungskampf, sondern um einen Systemwechsel mit sehr positiven Eigenschaften.

Nämlich?

Eichenberger: Entscheidend für die Wirkung eines Steuersystems ist weniger die durchschnittliche Steuerbelastung (also wie viel Steuern jemand zum Beispiel bei einem Einkommen von 100 000 Franken bezahlt), sondern die Grenzsteuersätze. Konkret: Wie viel Steuern bezahlt man auf zusätzlich verdienten 1000 Franken?

Wie könnte man vergleichen?

Eichenberger: Nehmen wir die Schweiz und Deutschland. Die Durchschnitts-Steuerbelastung in beiden Ländern ist etwa gleich. In der Schweiz gibt es aber weniger Abzugsmöglichkeiten und entspre-

chend tiefere Grenzsteuersätze von 25 bis 38 Prozent. Deutschland kennt sehr viele Abzugsmöglichkeiten, dafür hohe Grenzsteuersätze von deutlich über 50 Prozent. Sie sind das grosse Problem. Sie treiben die Überlegungen der Bürgerinnen und Bürger. Dabei geht es nicht um die Gesamtbelastung und auch nicht darum, alles zu hinterziehen. Es geht um die Frage: Kann ich 1000 Euro zusätzlich legal oder illegal der Besteuerung entziehen und wie viel spare ich dabei? Und bei der Frage, ob ich mehr arbeiten und gar Überstunden machen soll, treibt mich die Frage um: Was bleibt mir nach Abzug der Nebenkosten und Steuern von zusätzlich verdienten 1000 Euro? Damit komme ich zurück zu Easy Swiss Tax. Dieser Vorschlag setzt um, was in jedem Finanzlehrbuch steht: Abschaffung von möglichst vielen Freibeträgen und dafür eine Senkung der Grenzsteuersätze.

Um die Menschen und insbesondere Zweitverdiener zu motivieren, das Pensum heraufzusetzen, weil sich dank tieferen Grenzsteuersätzen der Mehraufwand endlich auch finanziell auszahlt?

Eichenberger: Easy Swiss Tax bringt genau solche positiven Anreize. Gewiss ist der Vorschlag nicht perfekt. Meines Erachtens schlagen die Promotoren dieser Idee um Hans-Peter Portmann viel zu grosse einmalige Abzüge vor. Ich würde kleinere Abzüge und dafür tiefere Grenzsteuersätze vorsehen. Damit sinkt der Anreiz, Geld zu hinterziehen, es ins Ausland oder in andere Kantone zu verlagern oder sich in die Schattenwirtschaft zu begeben.

Die Debatte über die Unternehmenssteuerreform II stand schon etwas im Schatten des Steuerstreits mit der EU. Wo stehen wir?

Eichenberger: Die EU hat nicht ganz schlechte Argumente. Sie führt an, dass manche im Ausland erzielten Gewinne von in der Schweiz ansässigen Firmen in der Schweiz nicht besteuert werden. Im Normalfall ist das kein Problem, weil die von einem Konzern durch ausländische Tochter erwirtschafteten Gewinne schon im Ausland besteuert werden. Doch bei den von der EU kritisierten Holdings und Geschäftstätigkeiten findet tatsächlich im Ausland keine Besteuerung statt, und in der Schweiz auch keine oder nur eine reduzierte. Das ist auch aus steuertheoretischer Sicht nicht unproblematisch.

Was also tun?

Eichenberger: Ein vernünftiger Vorschlag ist, die Besteuerung zu vereinheitlichen und die ausländische Geschäftstätigkeit stärker zu besteuern. Das kann man genau wie bei der Vereinheitlichung des Mehrwertsteuersatzes tun, indem man sagt: Lasst uns doch die Steuern insgesamt senken.

Das tönt einfach und einleuchtend. Aber die Kantone, deren Steuerhoheit in diesem Streit tangiert ist, mucken schon auf.

Eichenberger: Das sehe ich. Die Kantone wollen verständlicherweise möglichst wenig fiskalische Verluste. Ihnen wird aber vom Bund längst auch in anderen Fragen dreingeredet. Ich traue Bundesrat Merz und seiner Beratercrew zu, dass sie einen mehrheitsfähigen Vorschlag ausarbeiten. Gegen eine so zu findende Lösung können die Kantone dann ja das Referendum ergreifen und am Schluss entscheidet das Volk.

Würde der Besteuerungssatz ansteigen oder würde man sich auf den tiefstmöglichen Satz einigen?

Eichenberger: Ich würde den Kan-



Reiner Eichenberger (46) ist als

Nachfolger von Walter Wittmann seit 1998 ordentlicher Professor und heute auch Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg. Seine Spezialgebiete sind Wirtschafts- und Finanzpolitik, ökonomische Analyse des politischen Prozesses und politischer Institutionen und die Deregulierung der Politik selbst. Er ist Mitglied der Eidgenössischen Kommunikationskommission (Comcon) und war nebenamtlicher Richter in der Eidgenössischen Rekurskommission für Wettbewerbsfragen.

Hätte ein Versuch, den Streit auszusitzen, eine Chance?

Eichenberger: Versuchen kann man es. Wenn gleichzeitig viel Wichtiges läuft, könnte es gelingen. Aber Aussitzen ist hier nicht die richtige Strategie. Zumal, weil die Kosten einer Lösung für uns nicht hoch sind. Mit der EU verhandeln würde ich auch nicht. Das ist eine schweizerische Sache. Es ist aber in unserem Interesse, sie zu lösen. Der Bundesrat hat mit der Idee, bei der Unternehmensbesteuerung allgemein runterzugehen – was die EU noch mehr schmerzen wird als die jetzige Situation – das Richtige vorgeschlagen. Gegen eine solche Lösung könnte die EU kein vernünftiges Argument vorbringen.

Wie beurteilen Sie die heftige Steuerkontroverse zwischen Deutschland und Liechtenstein?

Eichenberger: Die liechtensteinischen Stiftungen mit ihren Konstruktionen, der strengen Geheimhaltung, den Erbschaftskonstruktionen und ihrer Undurchsichtigkeit sind natürlich ein Problem. Die Liechtensteiner verdienen enorm daran. Aber das rechtfertigt natürlich nicht die von Deutschland eingesetzten Mittel. Wenn es Schule macht, dass ein Staat in einem befreundeten Staat Bankbeamte zu Straftaten anregt – ob aktiv oder passiv – und sie für diese Straftat bezahlt, schafft er Anreize für an-

Der Bund soll den Kantonen die asymmetrische Besteuerung verbieten

dere Übeltäter, auch Daten zu stehlen und sie dem deutschen Nachrichtendienst anzubieten. Das Handeln Deutschlands ist eine unglaubliche Annäherung. Und ich frage mich: Hätte Deutschland das auch in den USA gemacht?

Wohl kaum, das würden sich die USA nicht bieten lassen.

Eichenberger: Das zeigt erst recht die Rücksichtslosigkeit des deutschen Vorgehens. Die Leidtragenden sind letztlich aber nicht die Liechtensteiner, sondern die deutsche Bevölkerung. Diese jubelt heute zum Teil. Aber sie wird die ganze Rechnung bezahlen.

Wie meinen Sie das?

Eichenberger: Das Nächste wird nicht das Bezahlen von schweizerischen, sondern von deutschen Bankbeamten sein. Dann folgt eine intensive Verfolgung zunächst der Reichen. Deren Kriminalisierung ist unglücklich. Sie werden neue Schutzwälle zu errichten wissen – aber nicht mehr in Liechtenstein. Die Kleinen haben die Mittel dazu nicht. Bei ihnen wird dann die Verfolgung weitergehen. Hier bahnt sich für Deutschland eine unglückliche Katastrophe an. Überdies ist diese Politik nicht wachstumsorientiert. Wenn Deutschland nicht wächst, leiden wir letztlich auch darunter.

Was bedeuten folglich diese Vorkommnisse für die Schweiz?

Eichenberger: Wenn solche Techniken eingeführt werden, sind sie auch für die Schweiz eine Bedrohung. Es ist naheliegend, dass Deutschland es auch bei uns versuchen wird. Auch weil die reichen Deutschen zuerst einmal in die Schweiz auszuweichen versuchen. Sie werden angesichts der Schwere der Verfolgung daheim erst recht ins Ausland ausweichen, manche gar auswandern. Für Deutschland wird daraus nur ein Verlust resultieren. Kurzfristig bringt es zwar mehr Geld in den Staatsäckel. Aber die Kosten der Abwanderung werden höher sein.

Angela Merkel wird bald die Schweiz besuchen. Was würden Sie ihr sagen?

Eichenberger: Ich würde der deutschen Kanzlerin empfehlen, weniger in der Welt herumzuziehen und mit solchen Aktionen wie gerade jetzt von den grossen Problemen abzulenken, die Deutschland hat. Sie täte mit ihrer Koalition besser daran, endlich diese Probleme anzupacken.

Der deutsche Finanzminister will mehr, nämlich «Steuerrosen trockenlegen». Aus Sicht eines Hochsteuerlandes dürfte auch die Schweiz eine solche Oase sein.

Eichenberger: Eins muss ich klarstellen: Von der Gesamtbelastung her ist Deutschland kein absolutes Hochsteuerland. Bei den Grenzsteuersätzen aber schon. Bei den Unternehmenssteuern und in manchen Kantonen ist die Schweiz tatsächlich eine Oase und bietet damit natürliche Angriffspunkte.

Wird das Bankgeheimnis wieder unter Druck kommen?

Eichenberger: Natürlich. Aber ich sehe das eher als ein Spiegelfech-

In Deutschland herrschte schon vorher unglückliche Verängstigung

ten. Die Schweiz wird das Bankgeheimnis weiter verteidigen. Da sehe ich nicht wirklich ein Problem.

Sie kritisieren das Handeln der deutschen Regierung als nicht wachstumsorientiert. Was würden Sie tun?

Eichenberger: Wenn Deutschland sein hochkomplexes Steuersystem vereinfacht und die Grenzsteuersätze senkt, kann es einen grossen Teil der Steuerflüchtlinge, die den völlig überhöhten Grenzsteuersätzen ausgewichen sind, zurückholen. Die Schweiz hat es schon vor Jahrzehnten durch die Einführung der Verrechnungssteuer unattraktiv gemacht, dem Staat Zinseinkommen zu entziehen. Deutschland hat erst vor wenigen Jahren nachgezogen. Das verstehe ich nicht: Einerseits baut Deutschland einen Riesenkontrollapparat auf, andererseits schimpft es auf die Schweiz, obwohl diese längst höchst wirksame Massnahmen eingeführt hat. Zudem kennt die Schweiz die Vermögenssteuer. Vermögen – und seine Sollerträge – sind viel schwerer auf legale und illegale Weise dem Fiskus zu entziehen als tatsächliches Einkommen. In der Schweiz ist es deshalb viel schwieriger, Vermögen und Vermögenserträge zu hinterziehen.